

**C 005**

Lfd.-Nr. 1183

DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen - Bremen -  
Sachsen-Anhalt

**Große Koalition im Bund versagt bei der  
Bildungsfinanzierung**

1 Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD versagt  
2 gegenüber der Aufgabe, die chronische Unterfinanzierung der  
3 Bildung in Deutschland zu beenden und die Länder mit den  
4 erforderlichen Mitteln auszustatten. Keine Rede mehr ist  
5 davon, dass die Einnahmesituation der Bundesländer dauer-  
6 haft verbessert wird. Sie erhalten keinen höheren Anteil an  
7 den Einkommenssteuern. Die Vermögenssteuer, die den  
8 Ländern zu Gute käme, wird nicht eingeführt. Von all diesen  
9 Forderungen der SPD im Wahlkampf ist nichts übriggeblieben.  
10 Noch nicht einmal die Aufhebung des Kooperationsverbotes  
11 zwischen dem Bund und den Ländern wurde in den Koaliti-  
12 onsvertrag aufgenommen. Die versprochene Entlastung in  
13 Höhe von sechs Milliarden Euro kann die strukturelle Unterfi-  
14 nanzierung des Bildungswesens nicht beseitigen. Die grund-  
15 legenden Anforderungen an die Verbesserung der KITA-Stan-  
16 dards, an die Personalausstattung von Inklusion und die vollen  
17 Personalzuschläge für Ganztagschulen sowie ausfinanzierte  
18 Hochschulen können nur mit Mitteln in einer anderen Dimen-  
19 sion erfüllt werden. Kurzum: Die gesellschaftlichen Ansprüche  
20 an die Bildung und die Möglichkeiten der Länder, diese zu fi-  
21 nanzieren, drohen immer stärker auseinanderzuklaffen. Unter  
22 den Bedingungen der Schuldenbremse wird diese Kluft sich  
23 zukünftig drastisch verschärfen.

24  
25 Der DGB fordert die Bundesregierung deshalb auf, ihren Kurs  
26 in der Bildungsfinanzierung sofort zu ändern und die Einnah-  
27 mesituation der Bundesländer so zu verbessern, dass sie ihre  
28 Aufgaben in der Bildung erfüllen können.

29  
30 **Krippenausbau**

31 Eltern und Unternehmen erwarten, dass die Krippen qualitativ  
32 und quantitativ ausgebaut werden. Der Personalschlüssel  
33 muss den pädagogischen Anforderungen der Unter-Drei-Jäh-  
34 rigen entsprechen. Das gegenwärtige Krippenangebot ist von  
35 diesen Zielen weit entfernt. Es ist ein Skandal, dass auch ein  
36 stundenweises Angebot am Vor- oder Nachmittag ausreichen  
37 soll, um statistisch eine Bedarfsdeckung festzustellen. Ein gut  
38 erreichbarer Ganztagsplatz muss für jedes Kind in einer Krippe  
39 oder einem Kindergarten zur Verfügung stehen. Zudem be-  
40 steht ein Mangel an Erzieherinnen und Erziehern. Um diesen  
41 zu beheben, müssen die Ausbildungskapazitäten erheblich

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:

Annahme

und

Erledigt durch Annahme von Antrag C 001

42 erweitert werden. Die Bezahlung der pädagogischen  
43 Fachkräfte muss ihrer anspruchsvollen Aufgabe angepasst  
44 werden.

45  
46 Der DGB fordert ein bundesweites Qualitätsgesetz für Kitas  
47 und einen spürbaren Finanzierungsanteil seitens des Bundes,  
48 um wirksame qualitative Standards im Hinblick auf Gruppen-  
49 größen und Qualifizierung des Fachpersonals zu erreichen.  
50 Das Betreuungsgeld lehnt der DGB weiterhin ab; die hier in-  
51 vestierten zwei Milliarden Euro sollten in den qualitativen Aus-  
52 bau von Bildungsangeboten fließen.

53

54

55 **[kursiv: Erledigt bei Annahme von Antrag C 001]**

56

### 57 **Ganztagsschulen und Inklusion**

58 *Eltern erwarten, dass Schulen als Ganztagsschulen geführt*  
59 *werden. Das bestehende Angebot an Ganztagsschulen kann*  
60 *den Bedarf der Eltern quantitativ und qualitativ nicht erfüllen.*  
61 *Jedes Kind muss die Chance bekommen, eine Ganztagsschule*  
62 *zu besuchen. Ganztagsschulen müssen über ein durch-*  
63 *gängiges pädagogisches Konzept verfügen, das von gemisch-*  
64 *ten Teams aus Lehrkräften, FörderpädagogInnen und sozial-*  
65 *pädagogischen Fachkräften umgesetzt wird. Individuelle*  
66 *Förderung, selbständiges Lernen und ein umfassendes*  
67 *kulturelles Angebot muss in der Ganztagsschule verankert*  
68 *sein, um den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu*  
69 *geben, individuellen Interessen und Begabungen Rechnung zu*  
70 *tragen. Nur so kann die Ganztagsschule allen Kindern*  
71 *optimale Entwicklungsmöglichkeiten bieten und einen Beitrag*  
72 *dazu leisten, der Ungleichheit der Bildungschancen ent-*  
73 *gegenzuwirken. Eine Halbtagschule mit etwas Nachmittags-*  
74 *betreuung erfüllt die Erwartungen der Gesellschaft nicht. Vor*  
75 *allem kann sie keinen Beitrag leisten, um die soziale Un-*  
76 *gleichheit der Bildungschancen zu bekämpfen. Der DGB*  
77 *erwartet vom Deutschen Bundestag die Aufhebung des Ko-*  
78 *operationsverbots für den gesamten Bildungsbereich, damit*  
79 *gesellschaftlich wichtige Aufgaben wie der Abbau von sozia-*  
80 *len Ungleichheiten im Bildungssystem und die Umsetzung der*  
81 *Inklusion als Gemeinschaftsaufgabe begriffen und*  
82 *gemeinschaftlich finanziert werden können. Die Länder äch-*  
83 *zen unter der Schuldenbremse und haben auch angesichts der*  
84 *unklaren Neuordnung des Bund-Länder-Finanzverhältnisses*  
85 *keine langfristige Planungssicherheit. Bildungsfinanzierung*  
86 *braucht aber eine solche verlässliche Perspektive.*

87

88

89 -

90 **Hochschulen**

91 *Die Große Koalition hält daran fest, die Hochschulen mittels*  
92 *Bund-Länder-Pakten zeitlich befristet zu finanzieren. Das ist*  
93 *somit das Gegenteil der Forderung des DGB, den Hochschulen*  
94 *eine dauerhaft gesicherte Finanzierung zu gewährleisten. Der*  
95 *DGB kritisiert die positive Bezugnahme der Koalitionspartner*  
96 *auf die Exzellenzinitiative, weil diese zu einer Spaltung der*  
97 *Hochschullandschaft beiträgt anstatt gute Bildung in der*  
98 *Fläche zu sichern. Die Ankündigung von CDU/CSU und SPD,*  
99 *die Initiative „zu erhalten und auszubauen“ lehnt der DGB ab.*  
100 *Ebenso kritisiert der DGB, dass eine Verbesserung der Studien-*  
101 *finanzierung keine Erwähnung im Koalitionsvertrag findet.*  
102 *Stattdessen bekennen sich die Koalitionspartner zu einem*  
103 *moderaten Ausbau des Deutschlandstipendiums. Der DGB*  
104 *fordert, dass zuerst das BAföG substantiell ausgebaut werden*  
105 *muss bevor die Bundesregierung ein eigenes Stipendien-*  
106 *programm unterstützt.*